121. Deutscher Ärztetag in Erfurt im Zeichen von Einheit und Wandel

Zur Eröffnungsveranstaltung des 121. Deutschen Ärztetages kamen über 1.000 Gäste in die Thüringische Landeshauptstadt. Der neu gewählte Gesundheitsminister, Jens Spahn, sprach erstmals zu den 250 Abgeordneten und signalisierte Kooperationswillen und den Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit.

Traditionsgemäß begrüßte die gastgebende Landesärztekammer Thüringen, vertreten durch die Präsidentin Dr. Ellen Lundershausen, die Gäste im Steigerwaldstadion Erfurt. Lundershausen hoffe, dass das Ärzteparlament den richtigen Ton treffe in dem schönen mittelalterlichen Erfurt, das inmitten eines seit 29 Jahren einheitlichen Deutschlands liege. Geschichtsträchtig sei die thüringische Metropole, geprägt durch den Aufenthalt Luthers und seine Studienzeit dort. Rebell und Reformator sei er gewesen. "Ein bisschen Rebell täte den Ärzten von Zeit zu Zeit auch gut", spannte Lundershausen den Bogen zur heutigen Zeit. Gerade im Dialog mit den jungen Ärztinnen und Ärzten habe sich gezeigt, dass es Bereiche gebe, in denen Verbesserungen vorgenommen werden müssten. Dies in Zeiten von zunehmender Merkantilisierung und Deprofessionalisierung. "Stellen wir uns der Zukunft und gestalten wir sie mit Sachverstand und Augenmaß", appellierte Lundershausen. Ärzte fungierten nach wie vor als Heiler und Helfer, seien belastbarer denn je. Doch diese Belastbarkeit finde ein Ende, wenn es um eine Gefahr für Leib und Leben gehe. So sei die Gesellschaft gefordert, ihre Helfer zu schützen, wenn es hier nicht zu Lasten einer medizinischen Versorgung gehen solle. "Damit der Arztberuf eine Berufung bleibt, müssen wir auch die Zeit haben, dieser Berufung nachzugehen", sprach Lundershausen in Richtung Politik.

Gemeinsames Wertesystem

Auch Bodo Ramelow, Ministerpräsident des Freistaats Thüringen (DIE LINKE), nahm Bezug zur Historie des Landes Thüringen. Positiv hervor hob er, dass in einem Bundesland wie Thüringen, in dem vor 29 Jahren eine Deutsche Einheit erkämpft worden, und damit Angst und Sorgen überwunden worden seien, hier nun ein gesamtes deutsches Ärzteparlament tagen könne. Nur gemeinsam ließen sich die Probleme beseitigen, die sich mit abwandernden Ärzten und daraus



Dr. Gerald Quitterer (Präsident der Bayerischen Landesärztekammer), Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery (Präsident der Bundesärztekammer), Bodo Ramelow (Ministerpräsident des Freistaates Thüringen), Ellen Lundershausen (Präsidentin der Landesärztekammer Thüringen), Dr. Martina Wenker (Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen) und Dr. Max Kaplan (Vizepräsident der Bundesärztekammer) (v. li.) bei der Eröffnungsveranstaltung des 121. Deutschen Ärztetages in Erfurt.

resultierenden Personalengpässen beispielsweise in Kliniken ergäben. Ramelow betonte, dass Thüringen ein Land sei, das Zuwanderung brauche. "Wir dürfen andere Länder nicht kannibalisieren, gleichzeitig dürfen wir auch unser Land nicht kannibalisieren". Er mahnte zu einem gemeinsamen Prozess der Wertschätzung und rief dazu auf, zusammen für Ärzte, Pflege- und Rettungskräfte einzustehen. Ramelow sprach von einem "Maß an Verrohung innerhalb der Gesellschaft" und appellierte, ein solidarisch getragenes gesellschaftliches Wertesystem zu etablieren. Nur gemeinsam könne man einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess anstoßen. Die Selbstverwaltung bezeichnete er als eine Errungenschaft, dass sie seit Jahrzehnten ihre Berufe selbst organisieren könne. "Das geht nur dann, wenn Politik gelebt wird und wir gemeinsam für einen besseren Lösungsweg streiten", mahnte Ramelow.

Auch der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein, hob die historische Vergangenheit Erfurts hervor, wies auf die Vorzüge der Stadt hin, den erhaltenen mittelalterlichen Stadtkern, die Investitionen in den Tourismus und in die Infrastruktur. Die historische Universität böte über 13.000 Studentinnen und Studenten eine gute Ausbildung. Er begrüßte es, dass der Ärztetag in dieser Stadt tage und hoffe auf einen konstruktiven Verlauf.

Paracelsus-Medaillen-Träger

- » Dr. Margita Bert, Fachärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Bensheim
- » Professor Dr. Dr. h. c. Hans Georg Borst, Facharzt für Chirurgie, München (siehe Seite 338)
- » Professor Dr. Felix Zintl, Facharzt für Kinderheilkunde, Jena

Welt im Wandel

So lautete die Überschrift der Rede des Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery. Gesundheit und Pflege seien die großen Themen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft abbildeten. So betreffe die Daseinsvorsorge alle Menschen des Landes, umso wichtiger sei es, diesen "sozialen Kitt" zu stärken. "Die Welt im Wandel", wie Montgomery sie nannte, "verlangt von uns sowohl Horizonterweiterungen als auch Fokussierung auf das Wesentliche." Eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl sei angesichts der hohen Arbeitslast eher stimmungs- als weltverändernd. In einer Regierungserklärung seien Mitarbeiter im Gesundheitswesen noch als "Helden des Alltags" bezeichnet worden. Diese müssten auch als solche behandelt werden, macht Montgomery deutlich, was die Abgeordneten mit Beifall bekundeten. Die Wartezeiten auf Arzttermine seien ein gefühltes Problem. "Wenn die Politik hier steuernd eingreifen will, solle sie sich fragen, ob sie ausschließlich beim Arzt ansetzen sollte." Vonnöten sei auch eine Patientensteuerung, damit das knapp gewordene Gut "Arztstunde" denen zugutekomme, die es wirklich benötigten. Das vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) verabschiedete Notfallkonzept sei zu kurz gegriffen. Es regele Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte, aber keine Steuerung der Patienten. "Mehr Ärzte, mehr Kapazität für notleidende Patienten, bringt es auch nicht", machte der Präsident klar. Er mahnte, dass Arztstunden, ja Ärzte insgesamt knapp geworden seien und betonte die Notwendigkeit, weitere Studienplätze einrichten zu müssen. Hier seien die Länder in der Pflicht, Zunehmend Ärzte aus dem Ausland, vor allem aus "Drittstaaten" außerhalb der Europäischen Union (EU) zu holen, sei kein Ausweg. Hier müssten neben einer intensiven Sprachprüfung auch die medizinischen Kenntnisse sehr intensiv geprüft werden. Der Patientenschutz gebiete, dass dort "wo Arzt drauf steht, auch Arzt drin sein muss", erklärte Montgomery und kündigte an, auf dem Ärztetag die Forderung zu diskutieren, dass Ärzte aus Drittstaaten in Deutschland auch ein Staatsexamen ablegen müssen.

Verbot von Werbung für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a Strafgesetzbuch – StGB)

Der BÄK-Präsident begrüßte die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation in der Pflege, insbesondere die vorgesehene Refinanzierung von Tarifsteigerungen. Dieser Schritt sei jedoch nicht nur für die Pflege dringend erforderlich, sondern für alle Beschäftigten in den Kliniken, auch für die "jungen Ärztinnen und Ärzte, die

unter die arztspezifischen Tarifverträge fallen", stellte Montgomery klar.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Paragrafen 219a StGB, warnte Montgomery vor einer erneuten Grundsatzdebatte über Abtreibungen und sprach sich für pragmatische Lösungen aus. Denkbar sei ein leicht zugängliches Internetportal, betrieben von einer unabhängigen Institution im gesetzlichen Auftrag, über das sich Frauen über den Eingriff als solchen, die gesetzlichen Beratungsinstanzen und auch über die Ärzte, die den Eingriff vornehmen, informieren könnten. "Hilfe für Menschen in Not: Das muss unser Ziel sein", sagte Montgomery.

Zum Thema Fernbehandlung machte er klar: "Wenn nicht wir diese Behandlungsform gestalten, wird sie wohl dennoch zu uns kommen". Er forderte ein Vorgehen mit Augenmaß, bei dem Patientensicherheit, Datenschutz, aber auch die rechtliche Sicherheit des Arztes gewährleistet seien.

Konstruktives Miteinander

Mit Spannung erwartet worden war die Rede des neu gewählten Gesundheitsministers, Jens Spahn (CDU). Er freue sich, nun wieder in der Gesundheitspolitik aktiv zu sein und signalisierte Bereitschaft zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Spahn sprach von einer "konstruktiven Rebellion", die ganz automatisch Debatten impliziere. "Mein Verständnis von guter Lösungssuche ist es auch, um das richtige Argument zu ringen", erläuterte Spahn. Das im Vorfeld medial vielfach diskutierte Thema wie die Abschaffung des

§ 219a StGB erwähnte Spahn, ohne sich hier klar zu positionieren. Hingegen sprach er über die Werte einer demokratischen Gesellschaft, über eine Welt im Wandel, gekennzeichnet von Globalisierung und Digitalisierung. Diesen Wandel spüre Europa und die westliche Welt. Damit nahm der Gesundheitsminister auch Bezug auf die großen Zuwanderungen in den vergangenen Jahren. Von der Politik müsse der Gestaltungsspielraum deutlich gemacht und durchgesetzt werden. Letztlich hätten auch die Wahlergebnisse den Vertrauensverlust deutlich abgebildet. Daher sei die Politik gefordert, konkrete Probleme nicht nur zu benennen, sondern diese auch zu lösen. Weitere Erläuterungen blieb Spahn den Zuhörerinnen und Zuhörern schuldig, stattdessen lobte er das deutschen Gesundheitssystem als eines der Besten der Welt sowie den medizinischen Fortschritt.

Pflege, Notfallversorgung und Wartezeiten

Deutlich wurde der neue Gesundheitsminister beim Thema Pflege. Millionen Menschen seien hier betroffen, ob als Patientinnen und Patienten oder als Beschäftigte in diesem Bereich. Der Stellenwert der Pflege nehme immer weiter zu, gleichzeitig sei der Mangel an Personal eklatant. Neben der Schaffung von zusätzlichen Stellen in diesem Bereich, sei es notwendig, Pflegepersonal mehr Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen.

Kritisch beurteilte Spahn die Entwicklung in den Notfallambulanzen, die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe bei gleichzeitig

Frage

Was sind für Sie die Top-Themen des 121. Deutschen Ärztetages?

Mackel: Zentral ist für mich die Diskussion um die Anerkennungsprüfung von Ärzten aus den Drittstaaten. Ich plädiere dafür, die bisherige Anerkennungsvorschrift, wie im Beschlussantrag des Vorstandes vorgeschlagen, um eine Prüfung zu erweitern, um eine Benachteiligung von Inländern zu vermeiden. Ein weiteres Top-Thema ist für mich die Fernbehandlung und die diesbezügliche Änderung der Berufsordnung. Die Digitalisierung ist weit fortschreitend. Darum sollten wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir dies hier entsprechend richtig gestalten wollen. Mit einer gezielten Aufklärung der Patienten vorab, können bestimmte medizinische Fragestellungen auch webbasiert besprochen werden. Wir sollten dies nicht anderen Firmen überlassen, sondern uns selbst überlegen, wie wir diese Fragestellungen über eine entsprechende Regelung praxistauglich machen können.



Dr. Florian Mackel, Facharzt für Orthopädie München



Dr. Gerald Quitterer (rechts) im Gespräch mit dem neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (links).

engem Personalstand in den Kliniken. Er sprach von einem Wegfall der Hemmschwellen und von mehr Aggressivität. "Wenn wir darüber nachdenken, im Strafgesetzbuch Änderungen vorzunehmen, ist der Kampf schon verloren", machte Spahn klar.

Zum Thema sektorenübergreifende Versorgung appellierte Spahn, die gute finanzielle Situation nutzen zu müssen, die Bedarfsplanung entsprechend zu gestalten und Kooperationen zwischen den Sektoren auszubauen. Nur gemeinsam könne man den Spagat zwischen einer flächendeckenden Versorgung und einer qualitativ hochwertigen Versorgung leisten.

Klar positionierte sich Spahn zum Thema Wartezeiten bei der Vergabe von Arztterminen. Hier handle es sich nicht um ein "gefühltes Problem". Als Lösungsvorschlag befürwortete er die Pläne der Großen Koalition, dem Wartezeitenproblem mit einer Ausweitung der Mindestsprechstundenzeiten von 20 auf 25 Stunden wöchentlich und einem Ausbau der Terminservicestellen entgegenzuwirken. Ärzte, die dadurch mehr arbeiten müssten, würden gut vergütet und nicht womöglich für ihre Mehrarbeit durch Abstaffelung finanziell bestraft.

Zum Thema Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM) begrüßte Spahn den Einsatz einer wissenschaftlichen Kommission. Der GOÄ-Entwurf, den die BÄK gemeinsam mit dem PKV-Verband erarbeitet habe, sei hilfreich. Ziel solle sein, diese Arbeiten auch abzuschließen. Mit der

Frage, wie in Zukunft weiterhin eine gute flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum sichergestellt werden könne, solle sich nach dem Willen der großen Koalition ebenfalls eine Kommission befassen.

Spahn thematisierte auch den Ärztemangel. Er verwies auf fehlendes Vertrauen, auf eine zunehmende Arbeitsverdichtung und die Notwendigkeit, die Attraktivität des Arztberufes zu steigern und die Anzahl an Stellen erhöhen zu müssen. Dies sehe auch der Koalitionsvertrag vor.

Grundsätzlich müssten die Ausbildung als auch die Perspektiven des Berufsbildes Arzt, aber auch der anderen Gesundheitsberufe überdacht und an die heutigen Vorstellungen der Generation angepasst werden, wie an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten und im Angestelltenverhältnis tätig sein zu können. Denkwürdig sei die hohe Nachfrage nach Studienplätzen in der Humanmedizin bei einem gleichzeitig herrschenden Ärztemangel. Spahn forderte mehr Studienplätze und verwies auf den Masterplan 2020, was die Gäste mit Applaus begrüßten.

Am Ende seiner Rede erwähnte Spahn die Themen Digitalisierung und Telemedizin. Er bekräftigte, das Fernbehandlungsverbot dahingehend lockern zu müssen, damit eine Behandlung via Telemedizin nach Absprache zwischen Arzt und Patient erfolgen könne. "Diese Angebote werden kommen", sagte Spahn. So begrüße er laufende Modellprojekte. Deutlich warnte er davor, die Telemedizin Google und Apple zu überlassen und mahnte, diese nicht aufzuhaltenden Entwicklungen mit deutschen Regeln und Richtlinien zu organisieren. "Der Goldstandard bleibt," so Spahn, "gehen Sie diesen Weg mit, im Interesse der Patienten."

Forum für junge Ärztinnen und Ärzte

Bereits im Vorfeld des Deutschen Ärztetages trafen sich über 100 junge Ärztinnen und Ärzte aus der gesamten Republik, um über die Themen zu diskutieren, die sie bewegen. In seinen begrüßenden Worten machte Montgomery klar, dass

Frage

Was sind für Sie die Top-Themen des 121. Deutschen Ärztetages?

Kretschmar: Das Top-Thema für mich ist vor allem die Fernbehandlung, was heute ja sehr intensiv und sorgfältig diskutiert wurde. Das Thema betrifft mich, weil ich im niedergelassenen Bereich tätig bin. Da kommt es immer mal wieder zu telefonischen Beratungen. Wenn wir da genauere Weisungen haben, macht es das Arbeiten auch wieder rechtssicher. Die Frage nach der Kenntnisprüfung bei Ärzten aus Drittstaaten zeigt die Frage, der wir uns stellen müssen: Wie gehen wir damit um innerhalb der Gesellschaft? Was für Prüfungen sind sinnvoll? Hier muss es Vorlagen geben bzw. meiner Meinung nach muss es auch Kenntnisstandprüfungen geben, weil wir das auch unseren Ärzten gegenüber schuldig sind und vor allem aber, weil wir dies auch unseren Patienten gegenüber schuldig sind. Damit zeigen wir, dass wir unsere hohe Qualität, die wir in Deutschland haben, aufrechterhalten können. Auffallend war auch die Herzlichkeit, mit der man hier aufgenommen wurde von den bayerischen Kollegen. Das hat mich absolut überzeugt, dass ich mich hier gerne einbringen möchte und dafür möchte ich auch den Kollegen danken.



Dr. Melanie Kretschmar, Fachärztin für Innere Medizin Traunstein

Frage

Was sind für Sie die Top-Themen des 121. Deutschen Ärztetages?

Barone: Es ist interessant, die parlamentarische Kultur hier auf dem Ärztetag live mitzuerleben, die Darstellung von gegenteiligen Meinungen zu hören und zu sehen, wie schwer es manchmal ist, einen Kompromiss zu finden, der dann allem gerecht wird. Interessant sind für mich vor allem sektorenübergreifende Themen, bei denen die Schnittstellenproblematik überwunden werden muss. Die Top-Themen für mich sind vor allem die



Mirko Barone, Facharzt für Chirurgie, Miesbach

Fernbehandlung, die Notfallversorgung und der Ärztemangel, der damit verbunden ist, wie die Studienplatzvergabe und die Anerkennung von Abschlüssen aus Drittstaaten erfolgt. Ich bin absolut pro Fernbehandlung. Wir sind in der Social-Media-Gesellschaft angekommen und sollten uns nicht länger den damit verbundenen Möglichkeiten verschließen. Wir sind ausgebildete Spezialisten, das heißt, wir müssen erkennen, ob es sich um ein medizinisches Problem handelt, dass wir via Telekommunikation lösen können oder nicht.

er den Stab weitergeben wolle. "Sie als Angehörige der jungen Generation sollen das, wovon sie betroffen sind, auch selbst mitgestalten."

Von ihren beruflichen Erfahrungen und Erwartungen berichtete Katharina Thiede, Ärztin in Weiterbildung, Mitglied der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin.

Themen, die in dem Forum besonders diskutiert wurden, waren die Bedingungen, die Ärztinnen und Ärzte während ihrer Weiterbildung erleben. Viele aus dem Plenum bemängelten, keine Zeit für Eingriffe zu haben und mit zu viel Bürokratie konfrontiert zu sein. "Eine gute Weiterbildung braucht Zeit", sagte Thiede. Es sei keine Lösung, bestimmte Weiterbildungsinhalte in der Freizeit zu machen. Vielfach kam auch die Forderung nach der Notwendigkeit, die Weiterbildung möglichst flexibel und an die heutigen Rahmenbedingungen – gerade in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – anzupassen. Moniert wurde zudem, zu wenig Zeit für die sprechende Medizin zu haben.

Professor Dr. Jakob Izbicki, Klinikdirektor des Zentrums für Viszeral-, Thorax- und Allgemeinchirurgie, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, befürwortete das hierarchische Prinzip bzw. plädierte dafür, die Verantwortung beim Chefarzt zu belassen. Der Faktor Zeit sei das Wesentliche. Ein Allheilmittel werde die Super-Spezialisierung sein, da eine breite Weiterbildung unter den hiesigen zeitlichen Voraussetzungen nicht mehr erwerbbar sei. "Work-Life-Balance kann es nur geben, wenn es um generelle Fragestellungen geht."

Aus dem Plenum wurde immer wieder betont, dass gute Ausbildung zeit- und arbeitsintensiv sei, gerade in den operativen Fächern. Deutlich wurde zudem, dass die heutige Ärztegeneration den Anspruch erhebe, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen und dass der Arztberuf als solcher und Elternschaft kein Widerspruch seien.

Sophia Pelzer (BLÄK)



